

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Hermann E. Ott, Kerstin Müller (Köln), Hans-Josef Fell, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 17/7356 –**

**Neue Initiative für transatlantische Kooperation in der Klima- und Energiepolitik**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Hermann E. Ott, Viola von Cramon-Taubadel, Hans-Josef Fell, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 17/7481 –**

**China als wichtiger Partner im Klimaschutz**

### **A. Problem**

Zu Buchstabe a

Mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN soll die Bundesregierung aufgefordert werden, die Klimapolitik zu einem zentralen Schwerpunkt in den transatlantischen Beziehungen zu machen. Dazu soll die Bundesregierung u. a. Vorschläge unterbreiten, wie die klima- und energiepolitische Kooperation zwischen den USA und Deutschland bzw. der EU ausgebaut und ein klimapolitisch nachhaltiger, transatlantischer Emissionshandel ermöglicht werden kann.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weist darauf hin, dass China die USA im Jahr 2007 als größter Emittent von Treibhausgasen überholt habe. Die Bundesregierung soll deshalb aufgefordert werden, die Klimapolitik als wichtigen Schwerpunkt in den deutsch-chinesischen Beziehungen auszubauen. Dazu solle auch durch einen ambitionierten deutschen Beitrag eine Erhöhung der Klimaziele der Europäischen Union erwirkt werden, um klimapolitisch glaubwürdig gegenüber China auftreten zu können. Die Bundesregierung soll u. a. die Arbeit der im Januar 2009 mit der chinesischen Regierung vereinbarten deutsch-chinesischen Klimapartnerschaft systematisch überprüfen, erweitern und mit zusätzlichen Finanzmitteln ausstatten.

**B. Lösung**

Zu Buchstabe a

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/7356 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.**

Zu Buchstabe b

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/7481 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

**C. Alternativen**

Keine.

**D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand**

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/7356 abzulehnen,
- b) den Antrag auf Drucksache 17/7481 abzulehnen.

Berlin, den 12. Juni 2013

### **Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

**Eva Bulling-Schröter**  
Vorsitzende und Berichterstatterin

**Andreas Jung (Konstanz)**  
Berichterstatter

**Dirk Becker**  
Berichterstatter

**Michael Kauch**  
Berichterstatter

**Dr. Hermann E. Ott**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Andreas Jung (Konstanz), Dirk Becker, Michael Kauch, Eva Bulling-Schröter und Dr. Hermann E. Ott

### I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 17/7356** wurde in der 140. Sitzung des Deutschen Bundestages am 11. November 2011 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss sowie den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 17/7481** wurde in der 140. Sitzung des Deutschen Bundestages am 11. November 2011 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss sowie den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, die Klimapolitik zu einem zentralen Schwerpunkt in den transatlantischen Beziehungen zu machen. Dazu soll die Bundesregierung u. a. Vorschläge unterbreiten, wie die klima- und energiepolitische Kooperation zwischen den USA und Deutschland bzw. der EU ausgebaut und ein klimapolitisch nachhaltiger, transatlantischer Emissionshandel ermöglicht werden kann.

Auch soll sie die im Jahr 2008 gegründete Transatlantische Klimabrücke substanziell ausbauen und für die Agenda des im November 2009 gegründeten US-EU-Energierats Themen vorschlagen. Schließlich soll sie sich für eine gemeinsame Initiative zur Förderung einer ambitionierten Arbeit der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) mit greifbaren Ergebnissen einsetzen.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weist darauf hin, dass China die USA im Jahr 2007 als größter Emittent von Treibhausgasen überholt habe. Die Bundesregierung soll deshalb aufgefordert werden, die Klimapolitik als wichtigen Schwerpunkt in den deutsch-chinesischen Beziehungen auszubauen. Sie soll u. a. die Arbeit der im Januar 2009 mit der chinesischen Regierung vereinbarten deutsch-chinesischen Klimapartnerschaft systematisch überprüfen, erweitern und mit zusätzlichen Finanzmitteln ausstatten.

Auch solle sie durch einen ambitionierten deutschen Beitrag eine Erhöhung der Klimaziele der Europäischen Union erwirken, um klimapolitisch glaubwürdig gegenüber China auftreten zu können.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Auswärtige Ausschuss** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Frak-

tionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/7356 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/7356 abzulehnen.

Zu Buchstabe b

Der **Auswärtige Ausschuss** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/7481 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/7481 abzulehnen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Anträge auf Drucksachen 17/7356 und 17/7481 in seiner 103. Sitzung am 12. Juni 2013 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, es gehe um die Frage, wie die internationalen Bemühungen für ein Klimaschutzübereinkommen vorangebracht werden könnten. Dazu müssten im laufenden Jahr und in den kommenden Jahren die Weichen richtig gestellt werden. Notwendig seien sowohl multilaterale als auch bilaterale Prozesse und das Voranschreiten einzelner Gruppen. Man müsse alles tun, um diesen Prozess voranzubringen. Deshalb sei es grundsätzlich richtig, dass in den beiden Anträgen gefordert werde, spezielle Partnerschaften auszubauen und zu verstärken. Dies betreffe die USA und China, denen eine entscheidende Bedeutung in diesem Prozess zukomme. Man habe erlebt, wie gerade diese beiden Player sich gegenseitig blockiert hätten. Das habe den Prozess insgesamt zum Stocken gebracht. Diese Blockaden müssten überwunden werden.

Man begrüße, dass die Bundesregierung insbesondere die Partnerschaft mit den USA pflege. Durch eine kontinuierliche Kommunikation u. a. der deutschen Energiewende hoffe man, diesen Prozess auch in den USA in Gang zu setzen und ein Um- und Weiterdenken zu befördern.

Eine besondere Bedeutung komme auch der Partnerschaft mit China zu. Diese Partnerschaft sei ein Schwerpunkt der Aktivitäten der Bundesregierung auf vielen Feldern, beispielsweise der erneuerbaren Energien, der Energieeffizienz und der Elektromobilität. Bei der internationalen Konferenz der Bundesregierung zur Elektromobilität vor zwei Wochen sei einer der Hauptredner der chinesische Wissenschafts-

minister Wan Gang gewesen. An diesen Dialog gelte es anzuknüpfen und ihn zu verstärken. Deshalb sei es richtig, dass die Bundesregierung bereits in dieser Weise vorangehe.

Die **Fraktion der SPD** machte darauf aufmerksam, dass in den Klimadebatten mit dem Verweis auf die Klimapolitik in China, Indien oder Brasilien die Fortentwicklung des Klimaschutzes in der Bundesrepublik Deutschland und Europa infrage gestellt werde.

Man könne andersherum aber auch für die chinesische Argumentation Verständnis haben, die laute: Die westlichen Industrienationen hätten beim Aufbau ihres Wohlstandes in den vergangenen 100 Jahren das CO<sub>2</sub> emittiert, das die Weltgemeinschaft jetzt belaste. Natürlich würden durch die hinzukommenden Belastungen weitere Probleme verursacht werden. Trotzdem müsse man diesen Ländern den gleichen Wohlstand zugestehen, aber sie dabei auch unterstützen, nicht dieselben Fehler zu machen. Es komme darauf an, beim Ausbau der Energieerzeugung möglichst frühzeitig auf erneuerbare Energien zu setzen. Es gehe darum, schon jetzt eine fortschrittliche Energieinfrastruktur aufzubauen.

Die Vereinbarung klimapolitischer Ziele werde im Rahmen der großen Abkommen zunehmend schwierig. Insbesondere Deutschland habe ein großes Interesse mit China hinsichtlich der Entwicklung des Landes im Gespräch zu bleiben. Man unterstütze diesbezüglich den vorliegenden Antrag, der diese Zielrichtung unterstütze und weiter verstärke. Nur so werde man sich den Weg für die internationalen Abkommen bahnen können.

Ebenso unterstütze man den Antrag zur transatlantischen Kooperation mit den USA, auch wenn er viel Hoffnung enthalte. Realistisch betrachtet seien viele der genannten Punkte mit der aktuellen Energiepolitik in den Vereinigten Staaten nur schwer vereinbar. Trotzdem werde man dem Antrag zustimmen, weil es ohne diese Partnerschaften sehr schwierig sein werde, mit China und den Vereinigten Staaten zu vernünftigen Abkommen zu kommen.

Die **Fraktion der FDP** erläuterte, wenn es nicht gelinge, global gemeinsame Lösungen zu finden, werde man eine geringe Wirkung erzielen. Deshalb seien viele Anregungen der vorliegenden Anträge durchaus richtig. Trotzdem könne man ihnen insgesamt nicht zustimmen, weil an einigen Stellen die Ideologie aus Deutschland aufblitze, beispielsweise wenn man sage, CCS sei in China eine Scheinlösung. China werde sich um jeden Preis weiterentwickeln und habe einen großen Bedarf an allen verfügbaren Energieformen, seien sie erneuerbar oder nicht. Deshalb sei es eine wesentliche Klimaschutzmaßnahme, dass auch Technologien wie CCS an dieser Stelle eingesetzt werden könnten.

Insgesamt sei es wichtig, dass man den Chinesen zum einen eine intensive Kooperation im Bereich der Technologie anbiete bzw. diese fortführe, wo man sie bereits begonnen habe. Zum anderen gelte es, Politikberatung in Form von „wir können voneinander lernen“ anzubieten. Man müsse in China z. B. beim Emissionshandel die Erfahrungen, die man in Europa in der ersten Handelsperiode gemacht habe, nicht unbedingt wiederholen. Deshalb sei ein gewisses Interesse auf der chinesischen Seite zu sehen, diese Erfahrungen aus Europa entsprechend in die eigenen Überlegungen aufzunehmen. Wichtig sei es insbesondere auch, die Beziehungen zum Nationalen Volkskongress in China in diesem Bereich

zu intensivieren. Man habe dort zwar keine wirkliche Entscheidungsbefugnis, könne aber innerhalb des chinesischen Systems vielleicht den einen oder anderen Anstoß geben, den es ansonsten auf Regierungsseite nicht geben würde.

Die **Fraktion DIE LINKE** teilte mit, es sei bezeichnend, dass die vor eineinhalb Jahren eingebrachten Anträge immer noch aktuell seien, weil in den vergangenen vier Jahren nichts Substanzielles auf internationaler Ebene geschehen sei. Wesentlichen Anteil an diesem Stillstand habe auch Deutschland. Es sei in den letzten drei Jahren beim Klimaschutz vom Spitzenreiter zu einem Blockierer geworden. Teils durch obstruktive Politik, wie bei der Frage von EU-weiten Energieeffizienzstandards, teils durch die Unfähigkeit, eigene Positionen einzunehmen, wie beispielsweise beim EU-Klimaziel und Emissionshandel. Da würden dann auch keine Initiativen mehr helfen, wie der vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Peter Altmaier, gegründete Klub der Energiewendestaaten.

Man stimme dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Klimakooperation mit China grundsätzlich zu. Man sei aber der Meinung, dass die im Antrag enthaltene Forderung nach Unterstützung des Aufbaus eines chinesischen Emissionshandelssystems angesichts der Bilanz des EU-Emissionshandelssystems neu überdacht werden solle und nicht höchste Priorität habe.

Die USA müsse man trotz ihrer 20-jährigen Blockaderolle bei internationalen Klimaschutzverhandlungen und beim Klimaschutz im eigenen Land zwar nicht ganz abschreiben, doch sei es zumindest zweifelhaft, ob die knappen Ressourcen wirklich sinnvoll in eine transatlantische Klimaschutzinitiative investiert werden sollten. Auch wenn sich der Tonfall unter der Obama-Administration in Sachen Klimaschutz geändert haben sollte, so gelte dies nicht für das Handeln. Bei dem Antrag zur transatlantischen Kooperation in Sachen Klimaschutz werde man sich enthalten, weil die Forderung nach einem transatlantischen Klimahandel angesichts der desaströsen Bilanz des EU-Emissionshandels nichts Gutes für den Klimaschutz vermuten lasse. Auch die Forderung nach einem Vorantreiben des Klimaschutzes mittels G8 oder G8 plus 5 sei der falsche Weg.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** trug vor, nach den Äußerungen der Fraktion der CDU/CSU habe man die Hoffnung gehabt, dass auch vonseiten der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP die vorliegenden Anträge unterstützt werden würden. Leider sei diese Hoffnung durch die Äußerungen der Fraktion der FDP wieder zunichtegemacht worden. Dies verdeutliche den Zustand der Koalition bei diesem Thema. Der Einfluss der FDP auf die Klimapolitik in Deutschland und Europa sei extrem schädlich.

Es gebe eine neue Entwicklung in China. Im Jahr 2011 seien erstmals mehr Investitionen in die erneuerbaren Energien geflossen als in fossile Kraftwerke. Man habe mit der großen Nachfrage die chinesische Solarindustrie auf einen Stand gebracht, der den Siegeszug der Erneuerbaren unaufhaltbar mache.

In den USA gebe es auf der grass roots – Ebene deutliche Fortschritte. In den kleinen Unternehmen und privaten Haushalten würde trotz hoher Importzölle von bis zu 240 Prozent viel in chinesische Solarmodule investiert werden, weil es sich unter dem Strich rechne.

Im Rahmen des TTIP – Abkommens (Transatlantic Trade and Investment Partnership), welches demnächst zwischen Europa und den USA verhandelt werde, müsse auch der Klimaschutz eine wichtige Rolle spielen. Notwendig sei es beispielsweise, den Abbau der klimaschädlichen Subventionen auf beiden Seiten des Atlantiks zum Thema zu machen. Man begrüße grundsätzlich die Einrichtung des sogenannten Klubs der Energiewendestaaten und sei froh, dass auch China dort vertreten sei. Es stelle sich aber die Frage, warum das nächste Treffen erst im Januar 2014 stattfinden solle und wie man verhindern wolle, dass bei diesen Treffen nur unverbindliche Reden gehalten werden würden.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 17/7356 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 17/7481 abzulehnen.

Berlin, den 12. Juni 2013

**Andreas Jung (Konstanz)**  
Berichterstatter

**Dirk Becker**  
Berichterstatter

**Michael Kauch**  
Berichterstatter

**Eva Bulling-Schröter**  
Berichterstatterin

**Dr. Hermann E. Ott**  
Berichterstatter



